Landtag Nordrhein-Westfalen

17. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 17/1622

10.11.2021

NEUDRUCK

Wissenschaftsausschuss

79. Sitzung (öffentlich)

10. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:35 Uhr bis 17:42 Uhr

Vorsitz: Petra Vogt (CDU) (stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Konstantinos Karantonas

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

6

7

Der Ausschuss kommt auf Antrag von Ulla Thönissen (CDU) überein, die Besetzung der Nachfolge im Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung als neuen TOP 8 zu behandeln.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) (s. Anlage 1)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 17/14700

Einzelplan 06 – Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Vorlage 17/5614 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/5717

Vorlage 17/5978

Vorlage 17/5963

10.11.2021 kk

– Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge der AfD (s. Anlage 1) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Teil des Einzelplans 06, der im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses liegt, mit den Stimmen der Fraktion der CDU und FDP und gegen die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

2 Gesetz zur weiteren Änderung des Hochschulgesetzes und des Kunsthochschulgesetzes

13

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15505

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15561

- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen der Fraktion der CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktion der AfD zu.

10.11.2021

kk

3 Austausch schafft Freundschaft und Verständnis – ein Stipendienwerk/programm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich

14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13411

Ausschussprotokoll 17/1579 (Anhörung am 1. Oktober 2021)

- Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu

4 Mehr Fachkräfte für die Planung des Infrastrukturausbaus gewinnen

18

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/13774

schriftliche Anhörung:

Stellungnahme 17/4414

Stellungnahme 17/4415

Stellungnahme 17/4416

Stellungnahme 17/4418

Stellungnahme 17/4423

Stellungnahme 17/4430

Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktion der CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

5 Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffsicherheit und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen

21

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15255

- keine Wortbeiträge

10.11.2021 kk

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der SPD-Fraktion, sich an der im Wirtschaftsausschuss stattfinden Anhörung pflichtig zu beteiligen.

Günstiger Wohnraum für Studierende wird immer knapper – Studierende, Studierendenwerke, Hochschulrektorenkonferenz und SPD einig: Wir brauchen mehr öffentlich geförderten Wohnraum für Studierende!

22

34

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/14893

- Gespräch mit sachverständigen Gästen (s. Anlage 2)
- 7 Entwurf einer Verordnung für das Weiterbildungsgesetz (Weiterbildungsverordnung VO WbG)

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags Drucksache 17/15494 Vorlage 17/5932

– Wortbeiträge

Der Wissenschaftsausschuss wurde zum Entwurf einer Verordnung für das Weiterbildungsgesetz (Weiterbildungsverordnung – VO WbG) angehört.

8 Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung

36

37

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Ulla Thönnissen (SDP) und bestimmt mit den Stimmen der Fraktion der CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD Raphael Tigges (CDU) als Nachfolger des ausgeschiedenen Dr. Stefan Nacke im Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung.

- 9 Flutkatastrophe in NRW welche Schäden verursachte das Unwetter im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft und an den Hochschulen des Landes?
 - mündlicher Bericht der Landesregierung

Land	ltag N	lordrhein-Westfalen - 5	- APr 17	/1622
		haftsausschuss g (öffentlich)	10.11	.2021 kk
10		lerung des RailCampus OWL (Banlage 3])	ericht beantragt von der SPD-Fraktion	38
		cht Landesregierung age 17/5961		
		– mündlicher Bericht der La	ndesregierung	
		– Wortbeiträge		
11	Univ		nas Staatschef Xi Jinping an den ht beantragt von der SPD-Fraktion	
		cht Landesregierung age 17/5962		
		 keine Wortbeiträge 		
12	Vers	chiedenes		40
	a)	Berichtshinweise des Minister	iums für Kultur und Wissenschaft	40
	b)	Bitte der SPD-Landtagsfraktion	n um Auskünfte	40
	c)	Planungssicherheit für Einrich	tungen der Weiterbildung	40
	d)	Termin des Gesprächskreises	Weiterbildung am 17.11.2021	41
	e)	Bedarfstermin am 08.12.2021		41
		Der Ausschuss kommt dar 08.12.2021 nicht zu nutzen	in überein, den Bedarfstermin am	

* * *

Tischvorlage

Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsgesetzentwurf 2022

Einzelplan 06

Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 10. November 2021

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
1	AfD	Kapitel 06 027 Titelgruppe 70 Titel 671 70 Erhöhung des Baransatze	Allgemeine Studierendenförderung Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts Erstattung der Verwaltungskosten aus der Durchführung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes	CDU SPD FDP GRÜNE AfD
			Ansatz It. HH 2021 22.200.000 Euro den Jahren seit 2018 bis heute ist einmalig Anpassungen müssen an die tatsächliche kosten angepasst werden.	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
2	AfD	Kapitel 06 027 Titelgruppe 70 Titel 684 70	Allgemeine Studierendenförderung Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des öffentlichen Rechts Zuschüsse zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben	CDU SPD FDP GRÜNE
		Erhöhung des Baransatzes HH 2022 Von 44.834.800 Euro um 7.000.000 Euro auf 51.834.800 Euro	Ansatz It. HH 2021 44.500.000 Euro	AfD
		Bedarf. Eine Anhebung um Personalkosten von 2019 Dynamisierung ist zudem	ng steht in keinem Verhältnis zum tatsächlichen 7 Mio. Euro gleicht lediglich die Steigerung der 9 gegenüber 2018 auf. Eine angemessene zu verstetigen um die ansonsten notwendige zialbeiträge in Grenzen zu halten.	

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Abstimmungsergebnis	
3	AfD	Kapitel 06 027 Titelgruppe 70	Allgemeine Studierendenförderung Zuschüsse an die Studierendenwerke – Anstalten des	CDII
		Titel 893 70	öffentlichen Rechts Investitionszuschüsse	CDU SPD
				FDP
		Erhöhung des Bara	ansatzes	GRÜNE AfD
		HH 2022	Ansatz It. HH 2020	AID
		von 4.200.000 E um 5.800.000 E auf 10.000.000 E	uro 4.200.000 Euro uro	
		müssen zurückges ziellen Spielraum d	de 2006 zuletzt angepasst. Dringend notwendige Investitionen tellt oder mit Fremdkapital finanziert werden, was den finaner Studierendenwerke durch steigende Zinslast einschränkt. leutlich zu gering bemessen, was auch an der VE für die ir ist.	

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
4	AfD	Kapitel 06 100	Hochschulen Allgemein	
		Titel 685 56 Reduzierung des Baransa	Zuschüsse an die Hochschulen in der Trägerschaft des Landes zur Förderung eines Diversity-Managements	CDU SPD FDP GRÜNE AfD
		HH 2022 von 210.000 Euro um 210.000 Euro auf 0 Euro	Ansatz It. HH 2020 210.000 Euro	
		Begründung: Zentrale strategische Aufgabe eines Studiums ist die Vermittlung von Inhalten und nicht die Herstellung von Ideologie getriebener "Bildungsgerechtigkeit" durch ein Diversity-Management.		

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en		Abstimmungsergebnis	
5	AfD	Kapitel 06 100 Titelgruppe 73 Titel 686 73 Reduzierung des B	Hochschulen Allgemein Förderung der Gleichstellung an den Hochschulen Ausgaben für Gleichstellung im Hochschulbereich Baransatzes Ansatz It. HH 2021	CDU SPD FDP GRÜNE AfD
		von 4.456.500 E um 4.456.500 E auf 0 E Begründung:		
		Ein Mitteleinsatz fü	r das Ziel einer Gleichstellung ist unrealistisch. g betrachten wir in diesem Land als gegeben.	

10.11.2021 kk

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) (s. Anlage 1)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700

Einzelplan 06 - Ministerium für Kultur und Wissenschaft

Vorlage 17/5614 (Erläuterungsband)

Vorlage 17/5717 Vorlage 17/5978 Vorlage 17/5963

 Änderungsanträge, abschließende Beratung und Abstimmung im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

(Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse am 08.09.2021 mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt)

Daniela Beihl (FDP) bedankt sich beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft für die Aufstellung des Haushalts.

Sie sehe Wissenschaft, Forschung und Hochschulen als enorme Innovationstreiber für die Gesellschaft. Vor dem Hintergrund, dass Studierende, Lehrende und das gesamte Hochschulpersonal in den vergangenen drei Semestern unter Corona gelitten hätten, und angesichts der pandemiebedingt angespannten Haushaltslage sei es umso wichtiger, dem Wissenschaftssystem mit einem soliden Haushalt den Rücken zu stärken.

Der Haushaltsentwurf verzeichne im Vergleich zu 2021 einen Anstieg um 3,3 % auf fast 10 Milliarden Euro und im Vergleich zum Haushaltsplan von 2017 eine Steigerung von 1,5 Milliarden Euro. Damit werde den Hochschulen und dem gesamten Wissenschaftssystem Weiterentwicklung und das Beschreiten neuer Wege ermöglicht. Insbesondere durch die Aufwüchse im Bereich der Hochschulen um über 106 Millionen Euro, im Bereich der Hochschulmedizin um über 60 Millionen Euro und im Bereich der Forschungseinrichtungen um 110 Millionen Euro werde das Engagement der Landesregierung bei enorm wichtigen Zukunftsfeldern sehr gut sichtbar.

Der Aufbau der medizinischen Fakultät Bielefeld – ein zentrales Vorhaben der NRW-Koalition – befinde sich auf einem sehr guten Weg: Die ersten 60 Studierenden hätten dort im laufenden Wintersemester ihr Studium begonnen, und in der mittelfristigen Finanzplanung habe Schwarz-Gelb mit weiteren Mitteln bereits vorgesorgt.

Darüber hinaus habe sich der Etatansatz für das Center for Advanced Internet Studies in Bochum im Vergleich zum Vorjahr von 2,1 auf 4,2 Millionen Euro gesteigert. Sie spreche sich dafür aus, dieses Institut zu einem Digitalisierungsinstitut weiterzuent-

10.11.2021 kk

wickeln, um auf diese Weise den aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht zu werden und sie zu bearbeiten.

Die Landesregierung, so **Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)**, sehe zwar teilweise die Baustellen, die die Fraktion der Grünen in den letzten Jahren immer wieder angemahnt hätten, gehe diese aber nicht in der notwendigen Weise an. Hierbei sehe er drei Bereiche nach wie vor kritisch.

Als ersten Bereich nenne er das Thema "Hochschulbau und Sanierungsstau". Aus der Antwort auf seine Kleine Anfrage gehe ein Sanierungsstau in Höhe von 6 Millionen Euro hervor. Zwar enthalte Kapitel 06 100, Titel 685 81, "Zuschüsse an Hochschulen im Rahmen der Mietausgabenbudgetierung" eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Milliarden Euro, allerdings gelte dieser Betrag für viele Jahre. Außerdem entstünden in diesem Zeitraum, noch bevor der restliche Sanierungsbedarf in Höhe von 4 Milliarden Euro angegangen werde, weitere, neue Sanierungsbedarfe. Er sehe dies auch vor dem Hintergrund des im Ausschuss immer wieder diskutierten Problems, dass das Land bei den großen Hochschulbauten, gerade bei jenen aus den sechziger und siebziger Jahren, irgendwo zwischen Anfang und Mitte der Sanierungswelle stehe. In dieser Sache hätte sich die grüne Fraktion in den letzten Jahren noch mehr Initiative von Schwarz-Gelb gewünscht.

Als zweiten Bereich führe er die Studierendenwerke auf. Eine Steigerung in diesem Haushaltsbereich um lediglich 337.000 Euro im Vergleich zum Vorjahr gehe weit an den entsprechenden Bedarfen vorbei. Es bestehe massiver Nachholbedarf – so hätten es die Studierendenwerke wiederholt in bilateralen Gesprächen dargelegt – sowohl hinsichtlich der allgemeinen Zuschüsse als auch bei den BAföG-Verwaltungsausgaben. Bewertete das MKW die Mehrbedarfe in diesen problematischen Bereichen zum jetzigen Zeitpunkt als nicht begründbar, wäre dies nicht nachvollziehbar, denn die Darlegung der Bedarfe durch die Studierendenwerke halte er durchaus für begründet, und ihm würde sich dann die Frage stellen, ob es seitens des Ministeriums mangelnde Akzeptanz oder mangelnden politischen Willen gäbe.

Als dritten Bereich nenne er die "Forschungsförderung", über die im Ausschuss besonders im vergangenen Jahr wiederholt diskutiert und die bei den Nachfragen der Grünen immer wieder eine Rolle gespielt habe. Die Neustrukturierung der Forschungsförderung folge dem "Prinzip Hoffnung", nach dem die Hochschulen schon herausfänden, welche Fragen aktuell relevant seien, und dass dann vielleicht irgendetwas dabei herauskomme. Die grüne Fraktion habe aber einen anderen Anspruch an Wissenschaftspolitik, nämlich dass bei der Verausgabung öffentlicher Mittel ein gewisser Rahmen definiert werde. Hinsichtlich der Landesregierung stelle er infrage, dass diese in der Forschungsförderung bei den aktuell großen Themen wie etwa der KI-Forschung – was nicht nur Sache der Finanzen, sondern auch der Strategie sei – klug aufgestellt sei.

Er bedanke sich beim Ministerium für Kultur und Wissenschaft für die schriftliche Beantwortung der Fragen der Grünen-Fraktion zum Einzelplan 06 des Haushaltsentwurfs mit der Vorlage 17/5978. Eine frühere Übersendung als 2 Stunden und 15 Minuten vor der Sitzung hätte er begrüßt.

10.11.2021 kk

Die SPD-Fraktion werde die Haushaltsaufstellung ablehnen, so **Dietmar Bell (SPD)**, die inflationsbereinigt real eher einer Nullrunde als einer Steigerung gleichkomme. Daher könne er in die Euphorie angesichts vermeintlicher Etaterhöhungen nicht mit einstimmen. Er beschränke seine Ausführungen dazu auf drei Punkte, um nicht der Plenardebatte vorzugreifen, und kündige Änderungsanträge der SPD zum Haushalt an, die zu einem späteren Zeitpunkt eingebracht würden.

Der erste Punkt betreffe den Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft e. V. Bereits im vergangenen Jahr habe die SPD-Fraktion darum gebeten, zu prüfen, inwieweit eine Dynamisierung der Förderung der Grundausstattung – analog zu den Bund-Länder-Forschungseinrichtungen – von 3 % pro Jahr realisiert werden könne. Dabei handle es sich nicht um große Summen.

Der Abstand zu den Bund-Länder-Forschungseinrichtungen werde immer größer, wenn – wie mehrere Jahre hintereinander geschehen und aktuell erneut – keine entsprechende Dynamisierung im Haushalt vorgesehen werde, was die Konkurrenzfähigkeit des Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft e. V. auf Dauer infrage stelle. Die SPD-Landtagsfraktion finde diese Entwicklung problematisch und wünsche sich dazu gemeinsame Diskussionen über Möglichkeiten der Veränderung in der Sache.

Das Gleiche gelte für die Erhöhung des Ansatzes zur Unterstützung bei der Einwerbung von Programmtiteln. Es handle es sich dabei mit 400.000 Euro um einen kleinen Titel, und eine Verdopplung könnte dazu führen, dass der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft e. V. deutlich mehr Drittmittel einwürbe. Es verwundere, dass dieses Thema zum wiederholten Male im Ausschuss diskutiert werde, aber bessere Bedingungen für Forschungsinstitute, die nicht an der Bund-Länder-Förderung partizipierten, nicht realisiert würden. Er wünsche sich daher entsprechende bilaterale Diskussionen zwischen den Fraktionen.

Beim zweiten Punkt gehe es um die enttäuschende Entwicklung bei der Etatsteigerung der FernUniversität in Hagen. Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf liege die Regierungskoalition sehr weit von dem im Koalitionsvertrag verabredeten Ziel entfernt, das laute: "Die Fernuniversität Hagen soll zu einer weltweit führenden und forschungsorientierten Open University Hagen ausgebaut werden." Das vorliegende Ergebnis stelle jedoch ein Beispiel für gebrochene Versprechen im Koalitionsvertrag dar, und die Situation würde in einer anderen Regierungskonstellation sicherlich eine neue Bewertung erfahren.

Als dritten Punkt nenne er die Studierendenwerke. Die neun Seiten mit Antworten zu den Fragen der Grünen zum Einzelplan 06 des Haushaltsentwurfs – Vorlage 17/5978 – habe er eine halbe Stunde vor der Sitzung lesen können, und die darin enthaltenen Kommentierungen des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft zu den Wünschen der Studierendenwerke bewerte er als nicht hilfreich. Vielmehr machten sie deutlich, dass die soziale Infrastruktur und die soziale Situation der Studierenden keine Anliegen der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen darstellten.

Ihm stelle sich die Frage, wie sichergestellt werden könne – etwa durch eine Verpflichtungsermächtigung –, dass im folgenden Jahr bei den Studierendenwerken keine entsprechende wirtschaftliche Notlage entstehe. Dies müsse im Kontext steigender

10.11.2021 kk

Coronainfektionszahlen, die auch Auswirkungen auf das Campusleben hätten, vor dem Hintergrund etwaiger Defizite aufgrund geringerer Einnahmen betrachtet werden. Auf diese dringende Frage zu einem Problem, mit dem sich die Studierendenwerke wahrscheinlich auch bereits an die Landesregierung gewandt hätten, habe er im Haushaltsentwurf keine Antwort finden können.

Es gehe ihm an dieser Stelle aber auch um die Frage nach dem Investitionszuschuss, dem allgemeinen Zuschuss, der BAföG-Bearbeitung und um das Thema "Digitalisierung". Für Letzteres wünschten sich die Studierendenwerke sehr nachhaltig einen eigenen Titel, um bei der Entwicklung nicht abgehängt zu werden.

Resümierend sei aus Sicht der SPD-Fraktion bei der Landesregierung eine zwingend erforderliche und sachlich notwendige Lernkurve nicht erkennbar.

Raphael Tigges (CDU) dankt dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft herzlich für die Vorarbeit zum Haushaltsentwurf des Einzelplans.

In der kommenden Plenardebatte könne erneut deutlich herausgestellt werden, wie sich die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen für NRW als Wissenschaftsstandort engagierten. Der schwarz-gelbe Haushaltsansatz unterstreiche, dass Nordrhein-Westfalen ein aktiver und wachsender Hochschulstandort mit kreativen Hochschulen sowie kreativen und innovativen Standorten in allen Landesteilen sei.

Er stelle infrage, ob es zu dem Aufwuchs um 1,5 Milliarden Euro gegenüber 2017 den gesamten Einzelplan 06 betreffend auch dann gekommen wäre, hätte Rot-Grün nach 2017 in NRW weiterhin in der Regierungsverantwortung gestanden. Inflationsbereinigt wäre es unter Rot-Grün wohl eher zu einer Schrumpfung gekommen.

Selbstverständlich habe Schwarz-Gelb bereits erkannt, dass der Zahn der Zeit an Hochschulgebäuden nage und dass in der Sache etwas unternommen werden müsse. Dabei handle es sich um einen langwierigen Prozess, der allerdings bereits angelaufen sei. Als Teil dessen sehe er auch die besagte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 2 Milliarden Euro. Selbstverständlich müsse man dabei innovativ und vor dem Hintergrund der im Zuge der Coronapandemie gesammelten Erfahrungen denken, was Schwarz-Gelb selbstverständlich tue.

Beim Thema "Hochschulmedizin" habe Rot-Grün jahrelang nur heiße Luft geliefert, anstatt das Thema anzugehen. Schwarz-Gelb hingegen sei die Hochschulmedizin wichtig und habe die Dinge in die Umsetzung gebracht, wie etwa kürzlich die Eröffnung der medizinischen Fakultät in Bielefeld gezeigt habe. Selbst Oppositionspolitiker hätten der Eröffnung beigewohnt und Begeisterung für diese Umsetzung gezeigt. Angesichts des Etats von knapp 50 Millionen Euro dafür, einer mittelfristigen Finanzplanung sowie des Ziels, auf Dauer 300 Studierende an dem Standort auszubilden, werde deutlich, dass Schwarz-Gelb dabei – ebenso bei der Entgegenwirkung des Ärztemangels – vor allem in den ländlichen Regionen viel erreicht habe.

Überdies würde der neuen Haushalt das Universitätsklinikum der Ruhr-Universität Bochum mit jährlich 10 Millionen Euro fördern; auch dort bleibe Schwarz-Gelb also weiterhin am Ball.

10.11.2021 kk

Im Bereich "Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen" weise der neue Haushaltsentwurf einen Anstieg von 110 Millionen Euro auf insgesamt 853 Millionen Euro auf, und die themenoffene Forschungsförderung erfahre eine Steigerung von 15 Millionen Euro.

Außerdem habe Schwarz-Gelb die Themen "Exascale-Rechner" – die Umsetzung am Forschungszentrum Jülich sei für das kommende Jahr geplant – und "Aufbau des Helmholz-Clusters" mit Geld im Haushalt hinterlegt. Das Thema "KI" sei sehr wichtig, das Thema "Wasserstoff" rücke in den Vordergrund und werde als wichtiger Baustein für die Forschungslandschaft in NRW erachtet. All diese Bereiche behielten für Schwarz-Gelb auch in Zukunft ihre Bedeutsamkeit.

Der Aufschrei in der Hochschullandschaft könne nicht so groß sein, wie ihn die Opposition beschreibe, denn rede man direkt mit den Hochschulen, so zeigten sie sich nicht ganz unzufrieden mit ihrer finanziellen Ausstattung. Man könne unbestritten stets besser werden und im System liege nie genug Geld – dies gelte für alle Bereiche in der Politik –, aber der Zukunftsvertrag "Studium und Lehre stärken" stelle insgesamt für die finanzielle Ausstattung der Hochschulen eine gute Grundlage dar.

Die Wirtschaft befinde sich in einem Transformationsprozess, und man müsse dabei die Menschen, die Arbeitskräfte mitnehmen sowie die entsprechenden Institutionen unterstützen. Der Bereich "Weiterbildung" – kein anderes Thema habe im beruflichen Bereich einen vergleichbaren Bedeutungsanstieg erfahren – weise in der neuen Haushaltsaufstellung einen Gesamtetat von 134 Millionen Euro auf. Zudem habe Schwarz-Gelb das Weiterbildungsgesetz novelliert, was insbesondere den freien Trägern das Weiterarbeiten ermögliche.

Die AfD-Landtagsfraktion werde der Haushaltsaufstellung der Landesregierung in der vorliegenden Form nicht zustimmen, so **Sven Werner Tritschler (AfD)**, und habe stattdessen Änderungsanträge formuliert. Diese Entscheidung begründe er anhand zweier Hauptkritikpunkte am vorgestellten Haushalt, dem es erstens an Steigerungen bei den Mitteln für die Studierendenwerke wie etwa bei den Investitionszuschüssen mangele, die zuletzt 2006 angepasst worden seien. Parallel werde aus Sicht der AfD zweitens Geld zur Verfügung gestellt für eher ideologiegetriebene Projekte wie Diversity Management und Gleichstellung, die seine Fraktion ebenfalls ablehnten. Weiteres werde Helmut Seifen in den kommenden Plenarsitzungen erörtern.

Da die eigentliche Diskussion zu dem Thema im Plenum stattfinden werde, greife sie, so **Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW)**, im Wissenschaftsausschuss nur zwei Punkte auf. In Anlehnung an Matthie Bolte-Richters Ausführungen stelle sie fest, dass die Fraktion der Grünen und das Ministerium für Kultur und Wissenschaft jeweils grundsätzlich unterschiedliche Ansätze dazu verträten, wie positive Entwicklung von Forschung in wissenschaftlichen Einrichtungen auszusehen habe. Dabei zeige sich die Sichtweise der Grünen regulatorischer als die der Landesregierung. Letztere bringe dem Bereich "Forschung" mehr Vertrauen entgegen, und die Ergebnisse der ersten Ausschreibungen sprächen dafür, dass die Landesregierung mit ihrer Haltung auf ein erfolgversprechendes Verfahren setze.

- 12 -

APr 17/1622

Wissenschaftsausschuss 79. Sitzung (öffentlich)

10.11.2021 kk

Dietmar Bell entgegne sie, 2021 seien die Studierendenwerke bereits von coronabdingten Einnahmeausfällen betroffen gewesen und hätten einen Ausgleich durch den NRW-Rettungsschirm erhalten. Kämen die Studierendenwerke wieder in eine ähnliche Situation, würden auch ähnliche Lösungen unter Rückgriff auf das Sondervermögen gefunden werden.

Auf Vorschlag von **Matthie Bolte-Richter (GRÜNE)** und im Einvernehmen mit **Sven Werner Tritschler (AfD)** wird über die Änderungsanträge der AfD en bloc abgestimmt.

Der Ausschuss lehnt die Änderungsanträge der AfD (s. Anlage 1) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Fraktion der AfD ab.

Der Ausschuss stimmt dem Teil des Einzelplans 06, der im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses liegt, mit den Stimmen der Fraktion der CDU und FDP und gegen die Stimmen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.